

Tätigkeitsbericht des Generalsekretärs

**zum 54. Österreichischen Gemeindetag
in Klagenfurt**

27. und 28. September 2007

I.	Einleitung	5
II.	Recht und Legistik	7
III.	Finanzielle Lage der Gemeinden	9
IV.	EUROPA	15
V.	Arbeitsschwerpunkte für die ländlichen Gemeinden	19
VI.	Presse und Öffentlichkeitsarbeit	25
VII.	Gemeindebund intern	31



I. Einleitung

Die Zeit seit dem letzten Gemeindetag, der im September 2006 in Wien über die Bühne ging, stand für den Gemeindebund im Zeichen maßgeblicher Veränderungen. Der Gemeindetag in der Bundeshauptstadt war eine Veranstaltung der Rekorde. Mehr als 2.000 Teilnehmer sorgten für unvergessliche Stimmung und ein wichtiges Signal der Geschlossenheit der Gemeindevertreter. Der Gemeindetag ist inzwischen zu einem Fixpunkt im Terminkalender der Staatsführung geworden. Für die Spitzen der Republik ist der Besuch des Gemeindetages ein Höhepunkt. Auch der Bundespräsident hat diesen Termin in den letzten Jahren regelmäßig wahrgenommen und damit die Bedeutung der Gemeinden im Staat unterstrichen.

Die Nationalratswahlen und die anschließende Regierungsbildung haben den Gemeindebund und das Generalsekretariat vor große Herausforderungen gestellt. Unter Einbeziehung und Mitarbeit aller Landesverbände wurde ein gemeinsamer Forderungskatalog an die neue Bundesregierung erarbeitet, aus dem wichtige Teile, zB den ländlichen Raum betreffend Eingang in das Regierungsprogramm gefunden haben. Nach der Regierungsbildung wurde das Forderungspapier allen relevanten Ministern auch in persönlichen Treffen kommuniziert.

Für uns als Interessensvertretung ist es von großer Bedeutung, unsere Anliegen

gleich am Beginn einer Legislaturperiode einzubringen und deren Umsetzung voranzutreiben. Vor allem die kleineren und mittleren Gemeinden leiden unter der Ausdünnung des ländlichen Raums und unter den immer neu hinzu gekommenen Aufgaben. Die freie Finanzspitze wird immer geringer, damit sinken die Möglichkeiten für Gemeinden notwendige Investitionen zu tätigen. Dies ist auch einer der wichtigsten Themenbereiche für die Verhandlungen zu einem neuen Finanzausgleich.



Interner Höhepunkt des Arbeitsjahres seit dem letzten Gemeindetag war sicherlich die Strukturreform, die der Gemeindebund durchgeführt hat. Dazu zählte u.a. die Neufassung der Vereinsstatuten. Wichtigste Ergebnisse dieser Reform: Der Gemeindebund hat nun eine schlanke Führungsspitze, bei gleichzeitig besserer Einbindung der Landesverbände und der Basis. Neu ist, dass nun alle Landespräsidenten im Präsidium vertreten sind, das oberste Gremium, der Bundesvorstand, hat nun 65 Mitglieder. An der Spitze wurde die Anzahl der Vizepräsidenten von fünf auf zwei reduziert, die Amtsperiode wurde von vier auf fünf Jahre verlängert. Unter diesen Auspizien wurde Helmut Mödlhammer erneut zum Präsidenten gewählt, neue Vizepräsidenten sind Alfred Riedl und Bernd Vögerle aus Niederö-

terreich. Damit hat der Gemeindebund seine Strukturen dem neuen Jahrtausend angepasst und ist nun auch formell eine schlanke und sehr effiziente Interessensvertretung.

Das Frühjahr 2007 stand im Zeichen immer neuer Forderungen und Projekte der Bundesregierung. Die Debatte um die Finanzierung der 24-Stunden-Pflege, die Vorhaben zur Kinder- und Nachmittagsbetreuung und die Aufhebung der Erbschafts- und Schenkungssteuer hatten zur Folge, dass die Verhandlungen für einen neuen Finanzausgleich früher begonnen werden mussten. Die Länder und Gemeinden können diese zusätzlichen Belastungen nicht ohne die Bereitstellung zusätzlicher Mittel verkraften. Die Verhandlungen unter den FAG-Partnern haben daher schon im Juni begonnen.

Zur Positionierung derselben hat das Generalsekretariat ein umfangreiches Forderungspapier erarbeitet, mit den Landesverbänden abgestimmt und in der ersten Verhandlungsrunde vorgelegt. In den Sommermonaten wurde auf Expertenebene intensiv gearbeitet, auf politischer Ebene waren die Verhandlungen bei Redaktionsschluss dieses Berichts noch nicht beendet.

Im Sommer 2007 hat der Gemeindebund, gemeinsam mit seinen Partnern, zum zweiten Mal die „Kommunalen Som-

mergespräche“ in Bad Aussee veranstaltet. Dieser „Think Tank“ der Kommunalpolitik bringt führende Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft für einige Tage in entspanntem Umfeld zusammen, um gemeinsam die Herausforderungen der Zukunft für die Kommunalpolitik zu diskutieren. Die Ergebnisse werden übrigens im Herbst in einer eigenen Ausgabe unserer RFG-Schriftenreihe erscheinen. Die Sommergespräche werden aufgrund des großen Erfolges auch 2008 ein wichtiger Teil im Terminkalender des Gemeindebundes und seiner Mitglieder sein.

Sie sehen also, das letzte Jahr war überaus ereignisreich und herausfordernd. Es konnte in Zusammenarbeit mit unseren politischen Funktionären, engagierten externen Experten, unseren Landesverbänden und dem bewährten, aber doch jungen Team des Generalsekretariates bewältigt werden.

Das kommende Arbeitsjahr wird an Spannung nicht verlieren. Die laufenden FAG-Verhandlungen werden maßgeblich die wirtschaftliche Zukunft der Gemeinden betreffen. Wir sind zuversichtlich, das bestmögliche Ergebnis für unsere Gemeinden zu erreichen, daran arbeiten wir mit aller Kraft.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen allen einen informativen und spannenden Gemeindetag 2007 in Klagenfurt.

II. Recht und Legistik

Begutachtungen und Konsultationsmechanismus

Die Begutachtung von Gesetzes- und Verordnungsentwürfen des Bundes ist eine Kernaufgabe des Gemeindebundes. Sie nimmt einen bedeutenden Umfang der Tätigkeit des Österreichischen Gemeindebundes ein. Seit 2005 können auch Anwender der Intranet-Plattform www.kommunalnet.at eine Stellungnahme zu Begutachtungsentwürfen abgeben, die dann gegebenenfalls Berücksichtigung in der offiziellen Stellungnahme des Österreichischen Gemeindebundes finden kann.

Im Jahr 2006 wurden **310 Entwürfe** (Konsultationsmechanismus und klassische Ministerialentwürfe) begutachtet. Die Anzahl der übermittelten Gesetzes- und Verordnungsentwürfe im Sinne des Konsultationsmechanismus betrug **182 Stück**. Bei **65** als Regierungsvorlagen zur Begutachtung übermittelten Entwürfen war der Begutachtungsdruck sehr hoch, da bei diesen Vorlagen statt vier Wochen nur eine Woche als Begutachtungsfrist eingeräumt ist.

2007 hat der Österreichische Gemeindebund den Konsultationsmechanismus wegen unzureichender Kostendarstellungen ausgelöst. Dies betraf den Entwurf der Deponieverordnung, des Hausbetreuungsgesetzes und des Bundespflegegeldgesetzes.

Darüber hinaus wurden zahlreiche Dokumente der Europäischen Kommission begutachtet, die der Österreichische Gemeindebund im Rahmen seines verfassungsmäßig verankerten Informationsrechtes, aber auch über die Arbeit im Ausschuss der Regionen (AdR) und die bestehenden Kontakte zur Kommission und dem EU-Parlament erhalten hat.

Die folgende, nur kursorisch erstellte Übersicht dokumentiert die legistischen Aktivitäten im laufenden Berichtsjahr. Wir bieten Ihnen damit einen Überblick über das inhaltlich breite Spektrum der Arbeit des Gemeindebundes. Hier zeigt sich, in welcher vielfältigen Art und Weise die Gemeinden von legistischen Vorhaben des Bundes oder der Europäischen Union betroffen sind.

- Bundesverfassungsgesetz (siehe unten)
- Wahlrechtsänderungsgesetz 2007
- Hausbetreuungsgesetz
- Novelle Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung 1997
- Novelle zum Altlastensanierungsgesetz
- Novelle des Bundesvergabegesetzes
- Pflegegeldgesetz
- Umweltförderungs-gesetz
- Deponieverordnung

Staats- und Verwaltungsreform

Das Regierungsprogramm sieht die Vorbereitung einer umfangreichen Staats- und Verwaltungsreform auf Grundlage des Österreich-Konvents vor, in dem sich der Gemeindebund seinerzeit stark eingebracht hat.

Obwohl der Gemeindebund formell nicht in die nun eingerichtete Expertengruppe eingebunden wurde, haben wir unaufgefordert zahlreiche Wünsche und Forderungen der Gemeinden vorgebracht.

Ende Juli präsentierte die dafür eingesetzte Expertengruppe im Bundeskanzleramt das erste von drei Paketen des Gesamtentwurfes, das sich mit folgenden drei Bereichen befasst:

- Verbesserungen im Rechtsschutz
- Verbesserungen in der Kontrolle (Rechnungshof, Volksanwaltschaft und Justizanwalt)
- Verfassungsbereinigung (Aufhebung bzw. Entkleidung von über 1000 Verfassungsbestimmungen)

In vielen Teilen sind die Reformvorhaben unbestritten, jedoch gefährden sie

in grundsätzlichen Bereichen die kommunale Selbstverwaltung.

Der Entwurf sieht eine Abschaffung des zweigliedrigen Instanzenzuges auf Gemeindeebene und der Vorstellung vor. Das einzig zulässige Rechtsmittel soll danach die Berufung unmittelbar an ein Verwaltungsgericht sein, welches in der Sache entscheiden kann.

Der Gemeindebund lehnt diesen Vorschlag ab, weil es ein Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung ist und eine uneinheitliche Rechtssprechung zu befürchten ist. Wir bezweifeln, dass es hierdurch zu mehr Rechtssicherheit und beschleunigten Verfahren kommt.

Der Entwurf würde überdies zu einer Entmachtung der Gemeindeaufsichtsbehörden führen, die damit auch keinerlei Beratungsleistungen für die Gemeinden mehr anbieten können. Die Gemeindeaufsicht in ihrer bisherigen Form ist aber ein essentielles Merkmal der Selbstverwaltung und sollte nicht auf unterschiedliche Organe (Landesverwaltungsgerichte, Landesrechnungshof, Landesregierung) verteilt werden. Überdies lehnen wir die Kontrolle von Gemeinden unter 20.000 Einwohner durch den Rechnungshof ab, weil wir die bisherige Kontrolle durch die Gemeindeaufsicht für sehr effektiv halten.

III. Finanzielle Lage der Gemeinden

Die Gemeinden haben als Partner des Österreichischen Stabilitätspaktes immer Pakttreue bewiesen. Sie haben nicht nur den Stabilitätspakt 2001-2004 voll erfüllt, sondern auch die laufenden Verpflichtungen des geltenden Stabilitätspaktes eingehalten. Zur Erreichung dieser Ziele haben eine verantwortungsvolle Haushaltsplanung und Budgetdisziplin der Gemeinden mit beigetragen.

Die Gemeinden sind zur mittelfristigen Haushaltsplanung verpflichtet. Sie erhalten für diese Aufgabe regelmäßig Informationen über wirtschaftliche Rahmenbedingungen, die sich für die kommenden Jahre wie folgt prognostizieren lassen:

Gemeindefinanzbericht

Der jährlich erscheinende Gemeindefinanzbericht dokumentiert die finanzielle Lage der Gemeinden aus dem letzten Rechnungsjahr.

Seit 2006 ist es möglich, den Gemeinden über www.kommunalnet.at ein umfangreiches Finanz-Benchmarking anzubieten. Dadurch kann sich jede Gemeinde ihre eigene Finanzlage mit den Durchschnittswerten des Bezirkes, des Landes und von ganz Österreich vergleichen. Diese Serviceleistung an die österreichischen Gemeinden ist nur durch die hervorragende Kooperation mit der Kom-

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen		2006	2007	2008	2009	
Beträge in Mrd. €	1.	BIP, real ¹⁾	233,4	240,4	246,2	252,3
		Steigerung gegenüber Vorjahr	+ 3,2%	+ 3,0%	+ 2,4%	+ 2,5%
	2.	BIP, nominell ²⁾	256,4	268,7	280,0	290,9
		Steigerung gegenüber Vorjahr	+ 4,6%	+ 4,8%	+ 4,2%	+ 3,9%
	3.	Lohn- und Gehaltssumme	124,5	130,1	134,6	139,2
		Steigerung gegenüber Vorjahr	+ 4,3%	+ 4,5%	+ 3,5%	+ 3,4%
	4.	VPI (Steigerung ggü Vorjahr)	+ 1,5%	+ 1,7%	+ 1,8%	+ 1,4%
Beträge in Mio €	5.	Ertragsanteile Länder	7.512,4	8.061,5	8.458,0	8.833,5
	6.	Ertragsanteile Gemeinden	6.706,4	7.177,9	7.484,7	7.736,7
	7.	Zweckzuschuss WBF	1.780,5	1.780,5	1.780,5	1.780,5
	8.	Bedarfszuweisungen	996,7	1.192,0	1.363,7	1.528,5

¹⁾zu Vorjahrespreisen (Referenzjahr 2000) ²⁾brutto, ohne Arbeitgeberbeiträge

munalkredit Austria und deren bereitgestelltes Zahlenmaterial möglich.

Entwicklung der Gemeindeertragsanteile

Durch die positive Entwicklung der Konjunktur haben sich aber die aufkommensstarken gemeinschaftlichen Bundesabgaben weit besser als erwartet entwickelt.

Dies schlägt sich auch auf die Steigerungsraten der Ertragsanteile nieder. Die EA-Vorschüsse für das Jahr 2006 weisen gegenüber dem Jahr 2005 einen Zuwachs von 3,76 % auf.

Im Monatsvergleich Jänner-September 2006/07 beträgt diese Steigerung sogar 7,5 %. Darüber hinaus ist das Aufkommen der gemeindeeigenen Steuern noch stärker gewachsen.

Getränkesteuer

Mit dem sogenannten „Frankfurt-Urteil“ des EuGH (VwGH 2005/16/0217 vom 27.4.2006), das den Gastronomiebereich betrifft, haben die Gemeinden trotz hohen Verwaltungsaufwandes erreicht, keine Rückzahlungen zu tätigen.

Im Bereich Handel hat der VwGH festgestellt, dass Rückzahlungen stattfinden. Über die Höhe der Rückzahlungsquoten wird verhandelt. Wir werden die österreichischen Gemeinden weiterhin zeitnah über die aktuellen Entwicklungen informieren.

Die durch die Abschaffung der Getränkesteuer zugestandenen Ausgleichsmittel betragen im Jahr 2007 387 Mio. Euro und sind an die Dynamik der Umsatzsteuer gekoppelt.

Grundsteuer

Der Verfassungsgerichtshof hat sowohl die Erbschaftsteuer als auch die Schenkungssteuer aufgehoben. Die Verfassungswidrigkeit wurde dabei in den seit 1973 unveränderten Einheitswerten und in den nicht berücksichtigten veränderten Wertrelationen erblickt, wodurch auch die Grundsteuer betroffen ist. Der Gemeindebund setzt sich für eine nachhaltige Absicherung der Grundsteuer ein, wobei eine vereinfachte Einheitswertmittlung angestrebt wird.

Durch die völlige Neuausrichtung der Aufgabenverteilung in der Finanzverwaltung mit den personellen Einsparungen sind bei einigen Finanzämtern hohe Rück-

Jan. bis Sept. 2006	Jan. bis Sept. 2007	Zuwachs in EURO	Zuwachs in Prozent
4.709.278.833	5.063.453.128	354.174.295	7,5 %

Entwicklung der Gemeindeertragsanteile in Zahlen

stände von unerledigten Einheitswert-Akten festzustellen. Sogar bei der einfachsten Art der Fortschreibung der Einheitswerte, nämlich bei der Zurechnungsfortschreibung, häufen sich die Rückstände.

Als Lösungsmodell wurden nun die Pilotprojekte Graz, Graz-Umgebung, Deutschlandsberg, Region Ausseerland und Vorarlberg ins Leben gerufen. Dabei ist eine vereinfachte Datenübermittlungsschiene geplant, auf welcher der Gemeinde die technische und rechtliche Möglichkeit der Bewertung eingeräumt wird.

Der Datenaustausch soll über FinanzOnline (FOn) sowie über das Gebäude- und Wohnregister (GWR) erfolgen. Die Bewertung geht damit rascher vor sich und die Gemeinden kommen schneller zu ihren Steuereinnahmen. Vorrangiges Ziel der Pilotprojekte ist der Abbau von Rückständen, ohne dabei mittelfristig eine vereinfachte Einheitswertermittlung im Sinne einer Verwaltungsreform zu vernachlässigen.

Werbeabgabe

Der Gemeindebund wehrt sich gegen die von Politik und Zeitungsherausgebern immer wieder diskutierte ersatzlose Abschaffung der Werbeabgabe. Der Anteil der Gemeinden am Ertrag dieser Abgabe 86,917 %. Das zuletzt festgestellte Aufkommen (2006) beträgt 109,3 Mio €.

Regierungsprogramm und Forderungen zum Finanzausgleich (FAG)

Das von der neuen Bundesregierung vorgelegte Regierungsprogramm ist zwar ambitioniert, jedoch ist aus kommunaler Sicht zu kritisieren, dass der Maßnahmenkatalog keine finanziellen Auswirkungen enthält. Es werden aber Bereiche angesprochen, wo die Gemeinden im Wege von Umlagen oder durch Transfers oder durch Erfüllen des Stabilitätspaktes finanzielle Beiträge zu leisten haben.

Es ist eine gemeinsame Anlaufstelle für alle Angelegenheiten der Sozialhilfe und des Arbeitsmarktes vorgesehen. Dies würde durch die geltende Kompetenzverteilung im Bereich des Sozialrechtes zu veränderten Finanzströmen führen.

Um vor allem der Ausdünnung des ländlichen Raumes entgegen zu wirken, spricht der Themenbereich ländlicher Raum ein zentrales Anliegen des Österreichischen Gemeindebundes an. Die Zielsetzung, mehr finanzielle Mittel für kleinere und mittlere Gemeinden zur Verfügung zu stellen, ist ein positives Zeichen.

Im Bereich Bildung sind die Gemeinden von der Senkung der Klassenschülerzahl auf 25 und der Tagesbetreuung betroffen. Bisher wurden vom Bund keine Kostenschätzungen dazu vorgelegt.

Unter Bildung, Kinder, Jugend sollen Anreize für eine funktionierende Sprachförderung in Kindergärten geschaffen werden. Den Sachaufwand und zum Teil den Personalaufwand für Kindergärten haben die Gemeinden zu tragen. Zusätzliche Belastungen sind daher in jedem Fall abzugelten. Eine Folgekostenschätzung im Sinne des Konsultationsmechanismus ist Voraussetzung für das Zustandekommen von diesen geplanten Maßnahmen. Auch eine sachgerechte Bedarfserhebung für die zusätzlich benötigte Anzahl an **Kinderbetreuungsplätzen**, die auf realen Verhältnissen beruht, ist unumgänglich.

Der Sozial- und Pflegebereich wird finanziell in der Regel durch Umlagesysteme bzw. Transferleistungen in einem hohen Ausmaß von den Gemeinden getragen. Die diesbezüglichen Schritte der Bundesregierung (Pflege, Mindestsicherung, etc.) führten schließlich zu den vorgezogenen Finanzausgleichsverhandlungen.

Mehreinnahmen aus der Mineralölsteuer für Klimaschutz

Noch vor den vorgezogenen FAG-Verhandlungen wurde die Politische Vereinbarung über die Verwendung der Mehreinnahmen der Länder und Gemeinden aus der Mineralölsteuererhöhung 2007 unterzeichnet.

Die Mehreinnahmen aus der Mineralölsteuererhöhung sollen daher entspre-

chend den finanzausgleichsgesetzlichen Anteilen auch den Ländern und Gemeinden zukommen und von diesen im Sinne dieser Zielsetzung eingesetzt werden. Bund, Länder und Gemeinden werden ihre Mehreinnahmen aus der im Jahr 2007 beschlossenen Erhöhung der Mineralölsteuer für Maßnahmen im Sinne des Klimaschutzes verwenden.

Diese Mehreinnahmen werden unter Berücksichtigung der Mindereinnahmen aus der Halbierung der Kfz-Steuer mit folgenden Beträgen geschätzt: Bund 269 Mio. Euro, Länder mit Wien als Land und Gemeinde 69 Mio. Euro, Gemeinden (ohne Wien) 32 Mio. Euro. Für das laufende Jahr 2007 sind diese Beträge zu dritteln.

Finanzausgleichsverhandlungen

Auf Wunsch der Bundesländer haben die Verhandlungen für einen künftigen Finanzausgleich vorzeitig begonnen. Der Gemeindebund sieht sich dabei selbst nicht unter Druck, weil es einen bis 2008 gültigen Finanzausgleich gibt.



Der Österreichische Gemeindebund hat für die FAG-Verhandlungen einen Forderungskatalog erstellt und in der ersten Verhandlungsrunde am 5. Juli 2007 überreicht.

FAG-Forderungskatalog

Prämisse für die partnerschaftliche Verhandlung der Gebietskörperschaften sind aus Sicht des Österreichischen Gemeindebundes:

- die **Bestandsgarantie aller gemeindeeigenen Abgaben** (es muss der Erhalt der gemeindeeigenen Abgaben gewährleistet werden, da diese das Fundament der Gemeindeautonomie darstellen. Der Österreichische Gemeindebund tritt gegen alle Tendenzen auf, die die eigenen Steuern in Frage stellen oder ihr Aufkommen zu schmälern beabsichtigen);
- der **Ausgleich der Belastungen**, die den Gemeinden durch Maßnahmen des Bundes in der laufenden FAG-Periode entstanden sind (grauer Finanzausgleich) durch eine Verschiebung von Einnahmeanteilen zugunsten der Gemeinden.

Weitere Schwerpunkte sind:

- 1. Abflachung des abgestuften Bevölkerungsschlüssels, weitere Stärkung des ländlichen Raumes**
- 2. Beitragsgerechtigkeit: Abschaffung des Konsolidierungsbeitrags, Korrektur des EU-Beitrages**
 - **Konsolidierungsbeitrag der Gemeinden**
§ 9 Abs. 3 FAG 2005 bestimmt neben einem Vorwegabzug von Anteilen der Länder auch einen von den Anteilen der Gemeinden für den Bund in der Höhe von 106,1 Mio. Euro jährlich.
In Anbetracht des Umstandes, dass Länder und Gemeinden durch die beiden letzten Steuerreformen überproportional belastet wurden, ist dieser Konsolidierungsbeitrag als hinfällig anzusehen und abzuschaffen.
 - **EU-Beitrag der Gemeinden**
Die tatsächlichen Verhältnisse bei der EU-Beitragsfinanzierung im Vergleich zu den der Finanzierungsvereinbarung am 1. März 1995 zugrunde gelegten Annahmen haben sich

wesentlich zugunsten des Bundes verschoben.

Der Österreichische Gemeindebund fordert daher eine sachlich orientierte Neuregelung des EU-Beitrages sowie eine Beteiligung der Gemeinden an den Zinserträgen.

3. Krankenanstalten

Der Österreichische Gemeindebund fordert die **Aufhebung der Deckelung der Beiträge des Bundes und der Sozialversicherung und deren sachgerechte Indexierung** (z.B. 60% Personalkostenkomponente / 40% Sachkostenkomponente). Dabei ist auch die Bevölkerungsentwicklung und der medizinische Fortschritt zu berücksichtigen. Es wird die Überlassung der tatsächlichen Mehreinnahmen aus der Erhöhung der Tabaksteuern verlangt.

4. Grundsteuer

Rechtliche Absicherung der Grundsteuer (Hauptfeststellung durch das Finanzamt – ein vereinfachtes Einheitswertmodell in Verbindung mit den Gebäudedaten des GWR soll die Voraussetzungen für eine verwaltungsökonomische Neufeststellung aller Einheitswerte schaffen).

5. Siedlungswasserwirtschaft

Zur Stärkung der Lebensfähigkeit des ländlichen Raumes verlangt der Österreichische Gemeindebund die Dotie-

rung der Siedlungswasserwirtschaft auf Grundlage der laufenden Investitionskostenschätzung 2007.

6. Registerzählung

Der Österreichische Gemeindebund fordert eine termingerechte Registerzählung, vor allem **muss auch das GWR in diese Registerzählung eingebunden** sein. Weiters wird gefordert, dass jene **Anteile an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben**, die nach der Volkszahl bzw. aus der daraus abgeleiteten abgestuften Bevölkerungszahl auf die Gemeinden zu verteilen sind, **auf Basis der Daten des ZMR** vorgenommen werden.

Der Österreichische Gemeindebund war in die Gespräche auf Expertenebene über den ganzen Sommer hindurch eingebunden hat dabei auch klar gemacht, dass die bestehenden gemeindeeigenen Abgaben unantastbar sind und dass das Problem bei der Grundsteuer hinsichtlich der Einheitsbewertung endlich angegangen werden muss.

Arbeitsgruppen in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Pflege und Soziales wurden angekündigt, die Termine auf beamteter Ebene dazu wurden im August anberaunt. Die weiteren politischen Runden am 6. und am 26. September 2007 konnten wegen des Redaktionsschlusses hier noch nicht berücksichtigt werden.

IV. EUROPA

10 Jahre Büro Brüssel

Mit dem zehnjährigen Bestandsjubiläum des Brüsseler Büros im Herbst 2006 zeigte der Gemeindebund verstärkt internationale Präsenz. Die im Oktober 1996 eröffnete Außenstelle des Generalsekretariats konnte sich in 10 Jahren als wichtiger Partner der europäischen Institutionen, v.a. aber der ebenfalls in Brüssel ansässigen kommunalen Verbände und Dachorganisationen etablieren.

Die inhaltlichen Schwerpunkte des Brüsseler Büros im Berichtszeitraum waren stark geprägt von der Arbeit im Ausschuss der Regionen und im Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE). Daneben nahm aber auch der nachhaltige Tourismus einen besonderen Stellenwert ein. Die Arbeitsgruppe der EU-Kommission zum nachhaltigen Tourismus schloss unter Beteiligung von Bgm. Ludwig Muxel im Jänner 2007 ihre Arbeiten ab und führte im Juni 2007 eine öffentliche Konsultation durch. Der Gemeindebund kooperiert im Bereich des nachhaltigen Tourismus außerdem mit dem europäischen Verband öffentlicher Unternehmen, der v.a. als Lobbyingplattform für die Anliegen von Tourismusgemeinden und öffentlicher Tourismusunternehmen genutzt wird.

Weitere Schwerpunkte bildeten der Bereich Altenpflege sowie das Gemeindepartnerschaftsprogramm der EU-Kommission, zu welchem mehrere direkte Anfra-

gen aus Gemeinden beantwortet wurden.

Der Themenkomplex öffentliches Auftragswesen/Daseinsvorsorge nahm wieder einen hohen Stellenwert ein, mehrere Gemeinden wandten sich mit Anfragen direkt an das Brüsseler Gemeindebundbüro.

Die Zukunft des ländlichen Raums stand nicht nur im Mittelpunkt des letzten Gemeindetages sondern war auch Thema eines im September 2006 gemeinsam mit deutschen und italienischen Partnern im AdR organisierten Seminars, bei welchem NÖ-Vizepräsident Moser den Gemeindebund vertrat.

Ausschuss der Regionen (AdR)

Der Ausschuss der Regionen ist ein beratender Ausschuss für die europäischen gesetzgebenden Institutionen, der sich aus Vertretern der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften zusammensetzt. Der AdR hat das Recht, sich in jenen Angelegenheiten der europäischen Gesetzgebung zu äußern, welche sich direkt auf die lokale und regionale Ebene auswirken.

Von den 344 Mitgliedern des AdR stammen 12 aus Österreich, 3 davon werden von den beiden kommunalen Verbänden, dem Österreichischer Gemeindebund und dem Österreichischer Städtebund, entsandt.



Bgm. Bernd Vögerle

Der Österreichische Gemeindebund stellt entsprechend einer Vereinbarung mit dem Städtebund derzeit ein Mitglied und zwei Stellvertreter. Namentlich sind dies Professor Walter Zipmer sowie Bürgermeister Bernd Vögerle und Präsident Helmut Mödlhammer.

Im Berichtszeitraum setzte Vögerle seine aktive Arbeit in der Fachkommission für nachhaltige Entwicklung fort und übernahm die Ausarbeitung einer Stellungnahme zum europäischen Energiepaket. Der Bericht wurde im Juni 2007 von der



Prof. Walter Zipmer

zuständigen Fachkommission mehrheitlich verabschiedet und wird im Oktober 2007 dem AdR-Plenum zur Beschlussfassung vorgelegt.

Weitere inhaltliche Schwerpunkte des Gemeindebunds im AdR bildeten folgende Themen:

- Reform der Weinmarktordnung
- Thematische Strategie und Richtlinie zum Bodenschutz
- ÖPNV-Verordnung
- Liberalisierung der Post.

Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE)

Der Rat der Gemeinden und Regionen Europas ist der europäische Dachverband für über 50 nationale Städte-, Gemeinde- und Regionalverbände aus mehr als 30 europäischen Staaten. Aufgrund seiner Geschichte – der RGRE wurde 1951 von europäischen Bürgermeistern gegründet – wird er auch gerne „Europäischer Städte- und Gemeindebund“ genannt.

Der Österreichische Gemeindebund, und vor allem das Brüsseler Büro, arbeiten eng mit dem RGRE zusammen. In den Arbeitsgruppen wird die wichtige Lobbyarbeit gegenüber der Europäischen Kommission und gegenüber dem EU-Parlament vorbereitet, Schwerpunkte im Berichtszeitraum bildeten u.a. das öffentliche Auftragswesen unter besonderer Berücksichtigung von Konzessionen und institutionalisierten öffentlich-privaten Partnerschaften, die Fortsetzung der Daseinsvorsorgediskussion im Zusammenhang mit sozialen Dienstleistungen und Gesundheitsdiensten, die Bodenschutzrichtlinie sowie die europäische Energiepolitik.

Einen besonderen Stellenwert nahmen zwei vom RGRE in Brüssel organisierte Seminare ein, die sich mit der Politik des ländlichen Raums und der Stadt-Umland Dynamik befassten. Das im November 2006 abgehaltene Seminar

zur Zukunft der ländlichen Gemeinden in Europa diente dazu, frühzeitig die Diskussion über die Halbzeitbilanz der ländlichen Entwicklungspolitik zu eröffnen, hierbei konnten die Studienergebnisse des Gemeindebundes zum ländlichen Raum und des ICNW präsentiert werden. Das Seminar im Juni 2007 sollte die Wechselwirkungen, Abhängigkeiten und gemeinsamen Möglichkeiten der Städte und ihres Umlandes aufzeigen, auch hier konnte der Gemeindebund Erfahrungen aus der österreichischen Sicht einbringen.

1000 Bürgermeister nach Europa

Im Berichtszeitraum statteten sechs kommunale Besuchergruppen sowie eine Schülergruppe der Vertretung des Österreichischen Gemeindebundes in Brüssel einen Besuch ab. Die Gruppen setzten sich aus wichtigen Multiplikatoren zusammen, größtenteils verfügten die Besucher über ein kommunales Mandat oder waren in anderer Funktion für ihre Gemeinden tätig. Der Gemeindebund verstärkt diesen wichtigen Bestandteil seiner Europainformationspolitik, indem er auch kommunale Studienreisen in die Hauptstädte der jeweiligen EU-Präsidenschaft anbietet. Alle österreichischen Bürgermeister und Gemeindevertreter sind herzlich eingeladen, an diesen Programmen teilzunehmen.

Bei der Gestaltung eines interessanten und kommunalpolitisch ansprechen-

den Programms wird der Gemeindebund inhaltlich von der Europäischen Kommission und den Österreichischen Missionen in den betreffenden Ländern unterstützt. Im ersten Halbjahr 2007 fanden daher unter hoher politischen Präsenz zwei Reisen nach Berlin statt. Für Oktober 2007 ist eine kommunale Studienreise nach Lissabon vorgesehen, im ersten Halbjahr 2008 geht die Reise nach Laibach.

Zusammenarbeit mit dem Deutschen Städte- und Gemeindebund, DStGB

Im Oktober 2006 trafen sich die Führungs- und Europagremien des Deutschen Städte- und Gemeindebundes und des Österreichischen Gemeindebundes zu einem gemeinsamen Europatag in Luxemburg. Die vom DStGB organisierte Sitzung fand in unmittelbarer Nähe des Europäischen Gerichtshofs statt, wodurch die Diskussionen maßgeblich beeinflusst wurden. Von Seiten des Gemeindebundes nahmen das erweiterte Präsidium und der Europaausschuss teil. Inhaltliche Schwerpunkte bildeten die Bereiche Daseinsvorsorge und öffentliches Auftragswesen im Spannungsfeld der europäischen Rechtsprechung sowie die Politik der ländlichen Entwicklung. Den Höhepunkt der Sitzung bildete die gemeinsame Verabschiedung eines Positionspapiers, worin sich die beiden Verbände klar gegen eine Kompetenzverlagerung im Bereich der Daseinsvorsorge und ge-



gen eine europäische Rahmenrichtlinie für Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse aussprachen. Es wurde zudem ein gemeinsamer Forderungskatalog an die deutsche Ratspräsidenschaft verabschiedet, der zehn zentrale Forderungen im Zusammenhang mit der EU-Verfassung und der Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung enthielt. Wie die Ergebnisse des Europäischen Rats von Brüssel zeigen, wurden diese Anliegen auch durchaus berücksichtigt.

ICNW um ein Jahr verlängert

Planungsge-
mäß wur-
de das vom Gemein-
debund getragene und auf eine Laufzeit von drei Jahren ausgerichtete Internationale kommunale Netzwerk Ende 2006 erfolgreich beendet. Der österreichische Gemeindebund trug als Lead Partner die koordinatorische Hauptlast dieses ehrgeizigen Projektes mit 21 Partnern aus 13 europäischen Ländern.

In den Jahren 2004 bis 2006 wurden alle antragsrelevanten Aktivitäten im Rahmen des ICNW durchgeführt. Sämtliche selbst gesetzten Ziele des Projektes (Aktivitäten, Wissensdatenbank, Vorzeigebispiele, Kooperationen und Maßnahmen, Handbuch, etc.) konnten erreicht werden. Das geplante Projektbudget

wurde dabei eingehalten. Von Seiten der EU-Förderstelle gab es positives Feedback zum Gesamtprojekt sowie der Projektentwicklung.

Über 300 vor allem aus Österreich stammende Vorzeigebispiele kommunaler Praxis wurden diskutiert und dokumentiert, 64 Exkursionen durchgeführt. 83 von den Best-Practice-Beispielen beziehen sich auf die interkommunale Zusammenarbeit und wurden zusätzlich durch den Österreichischen Gemeindebund erarbeitet. Einen kurzen Auszug über die Ergebnisse bietet das bei der Abschlussveranstaltung im November 2006 in Baden präsentierte „Best-Practice-Manual“, das nunmehr auch in deutscher Sprache erhältlich ist.

Aufgrund des Erfolges des ICNW konnte eine Projektverlängerung für das Jahr 2007 erreicht werden, was dem kommunalen Netzwerk die unverbrauchten Fördergelder sichert.

Außerdem wurde von den bisherigen Partnern großes Interesse signalisiert, das ICNW in einer ergänzten Form fortzusetzen. Aufgrund der im Frühjahr und Sommer 2007 publizierten Rahmenbedingungen für künftige EU-Projekte wurden daher in den vergangenen Monaten seitens des Generalsekretariates auf der Basis einschlägiger Gremienbeschlüsse Konzepte für Nachfolgeprojekte entwickelt.

V. Arbeitsschwerpunkte für die ländlichen Gemeinden

Gemeindetag und ländlicher Raum

Das vergangene Jahr und das Motto des Österreichischen Gemeindetages in Wien war im Wesentlichen der Zukunft des ländlichen Raumes gewidmet worden. Mit diesem Leitthema war der 53. Österreichische Gemeindetag in Wien sicherlich das größte kommunalpolitische Ereignis des Jahres 2006. Organisator dieses Gemeindetages, der auf dem Messegelände in Wien stattfand, war diesmal der Österreichische Gemeindebund selbst. Parallel zum Gemeindetag 2006 fand die Kommunalmesse „Public Services“, ebenfalls am Wiener Messegelände, statt. Es war ein Gemeindetag der Rekorde: Mehr als 2.000 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister und Gemeindevertreter waren nach Wien gekommen, um ihre Anliegen kurz vor den Nationalratswahlen in Geschlossenheit an die wahlwerbenden Parteien und die künftige Bundesregierung zu richten.

Schon am ersten Tag dieses größten kommunalen Events des Jahres wurde die Studie über die **„Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen im ländlichen Raum – Beiträge der Kommunalpolitik“** von Univ.Prof. Josef Mugler präsentiert. Eine hochrangige Präsidentenriege aus Sozialpartnern setzte nicht nur ein Signal für den ländlichen Raum, sondern auch für die Wichtigkeit der Bürgermeister bei der Sicherung von Lebensraum und Wirtschaftsstandorten. Wirtschaftskammerpräsident

Christoph Leitl brach eine Lanze für die Nahversorger, ÖGB-Präsident Hundstorfer ging auf die Arbeitsmarktsituation in den ländlichen Kommunen ein und verlangte attraktive Verkehrsanbindungen, Landwirtschaftskammerpräsident Schwarzböck unterstrich die großen Chancen des ländlichen Raumes im Bereich der alternativen Energien und des Tourismus. Mit Gemeindebund-Präsident Mödlhammer waren sich aber alle über die wichtige Rolle der Bürgermeister im ländlichen Raum einig. Sie seien nicht nur Impulsgeber für die Wirtschaft, sondern auch Garant für Lebensqualität und Attraktivität. Mödlhammer wies darauf hin, dass die Gemeinden viele neue Aufgaben übernehmen mussten und forderte eine leistungs- und verantwortungsgerechte Entlohnung und eine



soziale Absicherung für die Bürgermeister. Bei der Haupttagung am Freitag waren mit Bundespräsident Fischer und Bundeskanzler Schüssel die Spitzen der Republik erschienen.

Der Präsident des Österreichischen Gemeindebundes ging bei dieser Veranstaltung auf das Potenzial des ländlichen Raumes ein, hob jedoch auch die Gefahren hervor, die diesen bedrohen. Dennoch sei der ländliche Raum aber von enormer Wichtigkeit und berge große Zukunftschancen. „Als Rückzugs- und Entspannungsgebiet, durch den Tourismus

als zentraler Wirtschaftsfaktor Österreichs und nicht zuletzt durch die existentiellen Ressourcen, die er birgt, nimmt der ländliche Raum eine unersetzliche Rolle für jeden einzelnen Österreicher ein“.

Jede einzelne Gemeinde trage dadurch große Verantwortung und beeinflusse maßgeblich das Schicksal des ländlichen Raums. „Die Gemeinden sind zu Reformen bereit, obwohl sie bereits jetzt eine erhebliche Last zu tragen haben, aber wir fordern dafür die nötige soziale und finanzielle Unterstützung“, ließ Mödlhammer die Festgäste wissen. Die Schaffung eines Masterplans für Infrastruktur sei daher eine zentrale Forderung der Gemeinden. Dieser dürfe sich jedoch nicht nur auf wirtschaftliche Bereiche beschränken, sondern müsse auch das soziale Spektrum erfassen. Auch eine Neugestaltung der Wohnbauförderung, besonders für Abwanderungsgemeinden müsse angestrebt werden, ebenso wie eine Verbesserung der KMU-Förderung unter Einbeziehung der Gemeinden.

E-Government

Der Stellenwert von E-Government gewinnt bei den Verwaltungsabläufen innerhalb der Gemeinden immer mehr an Bedeutung. Der Österreichische Gemeindebund hat deshalb eine E-Government-Strategie entwickelt, welche die besondere Situation und die Anliegen der Gemeinden berücksich-

tigt und welche laufend weiter entwickelt wird. Die Hauptziele dieser Strategie sind eine möglichst kostengünstige Umsetzung, die Konzentration auf wirklich relevante Verbesserungen bei der täglichen Arbeit in den Gemeindeämtern und die optimale Information sowie Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in den Gemeinden. Eine wesentliche Rolle der E-Government-Strategie spielt dabei das Kommunalnet als führendes Intranet-Stammportal für Gemeinden, aber auch die laufende Optimierung der Registerpflege in den Gemeinden, und die Schaffung von gesetzlichen Rahmenbedingungen und möglichen Weiterbildungsschienen.

www.kommunalnet.at

Im Zeitraum des letzten Jahres erreichte das Kommunalnet auf nationaler Ebene die Flächendeckung. Der Prozentsatz der angebundenen Gemeinden wurde von 60% auf ca. 80% erhöht. Derzeit sind rund 1800 Gemeinden mit insgesamt etwa 6.000 Nutzern registriert. Parallel dazu konnte der Ausbau seiner Stellung als führendes Stammportal Österreichs vorangetrieben werden. Dazu zählt unter anderem die laufende Attraktivierung, etwa in der kontinuierlichen Verbesserung des redaktionellen Angebotes und der Verdoppelung der integrierten Anwendungen auf ca. 60 Stück, hervorzuheben sind dabei v. a. der Zugang zu Grundbuch und Firmenbuch, bei denen kommunalnet.at-Gemeinden automatisch in den Genuss des vergünstigten Behördentarifs

V. Arbeitsschwerpunkte für die ländlichen Gemeinden

kommen. Auch der Ausbau der finanziellen Vergünstigungen bei Leistungen für kommunalnet.at-Gemeinden gehört zu dieser kontinuierlichen Verbesserung des Angebotes (Ausbildung, Fachbücher, Winterdienstprognosen, Beratungen, etc.)

Optimierung der Registerpflege

Das im Jahr 2006 gestartete Projekt zur „Qualitätsoptimierung für die Registerpflege“ wurde im Berichtszeitraum weitergeführt. Ziel ist die qualitätvolle und effiziente Führung jener zentralen Register, zu deren Führung und Pflege die Gemeinden verpflichtet sind (z.B. Zentrales Melderegister, Gebäude- und Wohnungsregister, Adressregister). In diese Arbeit wurden auch die registerführende Stellen mit eingebunden (BMI, Statistik Austria, BEV). Über den Fortschritt der Arbeitsgruppe wurde laufend dem Bundeskanzleramt Bericht erstattet und im kommunalnet.at dokumentiert.

Mittlerweile wurde ein großer Teil der Verbesserungsvorschläge bereits umgesetzt, in einigen Bereichen sind Umsetzungsmaßnahmen noch zu evaluieren. Voraussichtlicher Abschluss des Projektes mit einem Endbericht über alle Maßnahmen ist mit Ende Oktober 2007 geplant.

Der Österreichische Gemeindebund nimmt seine Aufgaben in den bundesweiten Steuerungsgremien für E-Government wahr und vermittelt auch Schulungsangebote für die Gemeinden.

Kommunale Sommergespräche 2007 in Bad Aussee

Zum zweiten Mal nach 2006 hat der Österreichische Gemeindebund, in Zusammenarbeit mit seinen Partnern, „Kommunale Sommergespräche“ in Bad Aussee veranstaltet. Von 18. bis 20. Juli 2007 trafen einander Spitzenvertreter aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft zum Gedankenaustausch am geographischen Mittelpunkt Österreichs. Die Sommergespräche sind ein für die Kommunalpolitik gänzlich neuer Veranstaltungstyp, den der Gemeindebund entwickelt und gemeinsam mit der Kommunalkredit Austria umgesetzt hat. Unserer besonderer Dank gilt dem Generaldirektor der Kommunalkredit, Dr. Reinhard Platzer, ohne dessen persönlichen Einsatz und großzügige Unterstützung die Durchführung der Veranstaltung in diesem Rahmen nicht möglich gewesen wäre.

Das Ziel der Sommergespräche ist, Spitzenvertreter aus verschiedenen Bereichen, in entspannter Atmosphäre zusammen zu bringen und freien Gedankenaustausch zu ermöglichen. Als Veranstalter



geben wir dabei ein Minimalmaß an Struktur vor, der Gedankenprozess der Teilnehmer soll möglichst frei und offen sein.

Die Sommergespräche des Jahres 2007 standen unter drei inhaltlichen Schwerpunkten. Zu jedem dieser Schwerpunkte hat der Gemeindebund zuvor hochkarätige wissenschaftliche Experten beauftragt, Arbeitspapiere zu ihrem jeweiligen Themenbereich zu erstellen, auf deren Basis die Teilnehmer der Sommergespräche auch in Workshops diskutierten und Zukunftslösungen erarbeiteten. Die Workshops selbst wurden gemeinschaftlich von diesen Experten und jeweils einem Journalisten moderiert. Das Interesse und die Qualität der Gespräche waren enorm hoch.

Für den Themenbereich „Bundesstaatsreform“ konnten wir den Innsbrucker Universitätsprofessor Dr. Karl Weber gewinnen. Den Schwerpunkt „Moderne Gemeinden – Kommunale Manager/innen gefragt“ betreute inhaltlich Univ. Prof. Dr. Wolfgang Mazal. Der WIFO- und Natio-

nalbank-Ökonom Dr. Heinz Handler war für den Bereich „Finanzierung öffentlicher Aufgaben“ zuständig. Die Arbeitspapiere der Wissenschaftler, ergänzt um die Positionen und Ergebnisse aus den Workshops, werden allen Gemeindevertretern in Österreich zugänglich gemacht und in Form einer RFG-Schriftenreihe publiziert.

Umrahmt wurden die Kommunalen Sommergespräche von einem ausgezeichneten Abend- und Freizeitprogramm. Viele der rund 150 Teilnehmer genossen die Abendveranstaltung, bei der u.a. auch Innenminister Günther Platter zu Gast war. Freizeitangebote für Begleitpersonen rundeten die Veranstaltung ab.

In Summe ist die zweite Auflage der Sommergespräche als wirklich großer Erfolg zu bewerten. Viele prominente Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft haben daran teilgenommen, unter ihnen natürlich auch der Kommunalkredit-Generaldirektor Dr. Reinhard Platzer. Un erwartet, aber umso spannender, hat der Leiter der Arbeitsgruppe zur Verfassungs-



Sommergespräche mit Prof. Dr. Karl Weber, Prof. Dr. Wolfgang Mazal, Dr. Heinz Handler

V. Arbeitsschwerpunkte für die ländlichen Gemeinden

reform, Dr. Georg Lienbacher, noch vor der öffentlichen Präsentation der Ergebnisse, in einem spontanen Referat Einblick in die geplanten Verfassungsänderungen gegeben. Prof. Bernhard Felderer (Vors. des Staatsschuldenausschusses), Unternehmer Josef Taus, der Salzburger Bürgermeister Heinz Schaden oder der steirische Landeshauptmann Franz Voves waren nur einige der vielen hochkarätigen Teilnehmer und Gäste. Moderiert wurde die Veranstaltung in überaus professioneller Weise von ORF-Moderator Armin Wolf.

Alle Details und Berichte zu den kommunalen Sommergesprächen können Sie – inklusive umfangreicher Downloads – jederzeit auf www.gemeindebund.at oder www.kommunalnet.at nachlesen. Die Sommergespräche werden auch im Jahr 2008, wiederum in Bad Aussee, stattfinden.

Tourismusdeklaration des Gemeindebundes, Gemeinde – Tourismus

Im Interesse der heimischen Wirtschaft und im Sinne der Nachhaltigkeit ist es offenkundig, dass verstärktes proaktives Handeln der Gemeinden im touristischen Bereich erforderlich ist. Eine gezielte, von den Gemeinden getragene, Entwicklungsstrategie für den Tourismus stellt enorme wirtschaftliche und soziale Impulse für die ländlichen Räume dar. Im September soll daher am Dachstein in 2700m Höhe im Rahmen der Präsidiums-

sitzung die Deklaration des Österreichischen Gemeindebundes betreffend Tourismus und die nachhaltige Entwicklung der Kommunen im ländlichen Bereich unterzeichnet werden.

Das Thema der Deklaration wird im kommenden Jahr in die Arbeit des Gemeindebundes eingeflochten und auch die Bundesländer und einzelnen Regionen sind aufgerufen entsprechende themenbezogene Veranstaltungen durchzuführen. Der Tourismus und seine wirtschaftlichen Potenziale und Bedeutung sowohl für Österreich als auch für die einzelnen Gemeinden und Regionen wird ein Schwerpunktthema bei den Kommunalen Sommergesprächen und am Gemeindetag 2008 sein.

Der Fremdenverkehr bietet eine enorme Chance sowohl für die einzelne Gemeinde als auch für gesamte Regionen den Aufbau und Erhalt von Infrastruktur, Schaffung und Ausbau von Arbeitsplätzen sowie die Steigerung der Wertschöpfung zu gewährleisten und sichert so langfristig Einkommen, Wohlstand und Lebensqualität.

Da ohne eine Einbindung finanziell gestärkter Gemeinden keine konstruktive und koordinierte Arbeit im Tourismus stattfinden kann, stellt der Österreichische Gemeindebund angesichts der überaus wichtigen nationalen Bedeutung des Tourismus und der evidenten Rolle der Gemeinden folgende Forderungen:

- Entsprechende finanzielle Ausstattung der Gemeinden für den Aufbau und Erhalt der Infrastruktur und gleichzeitige Sicherung der kommunalen Daseinsvorsorge.
- Anhebung der Lebensqualität sowohl für Bewohner und Touristen für eine Attraktivierung der Region und Stärkung des ländlichen Raums.
- Ausbau der Arbeitsplätze durch kommunale Investitionen für eine höhere Wertschöpfung als zusätzlichen Beschäftigungsinput.
- Förderung interkommunaler Zusammenarbeit durch entsprechende Anreizsysteme, um den regionalen Entwicklungsprozess aktiv mitzugestalten.
- Zusammenarbeit von Bund, Ländern, Regionen, Gemeinden und Tourismusverbände an einer gemeinsamen Tourismusstrategie für eine erfolgreiche gemeinsame Zukunft.

Das Signal des länderübergreifenden Dachsteins ist, dass gerade im Tourismus verstärkt grenzüberschreitende Kooperationen nötig sind, um sich im internationalen Wettbewerb eine starke Position zu schaffen und dem Destinationsdenken der Urlaubsgäste gerecht zu werden.



VI. Presse und Öffentlichkeitsarbeit

Mit seiner Öffentlichkeitsarbeit ist der Österreichische Gemeindebund ein wichtiges Sprachrohr der Kommunen. Der Gemeindebund organisiert und führt zum Teil auch selbst Veranstaltungen zur Imagebildung durch. Darüber hinaus beteiligt er sich an Kampagnen gemeinsam mit Partnern (Bundesministerien, ORF, Fonds Gesundes Österreich, Kuratorium für Verkehrssicherheit, ÖWAV, etc.) und veranstaltet solche auch selbst immer wieder.

Zusätzlich informiert der Gemeindebund regelmäßig und aktuell mittels Aussendungen, Pressegesprächen und –konferenzen sowie den Organen des Österreichischen Gemeindebundes, der Homepage www.gemeindebund.at, der Fachzeitschrift „Kommunal“ und auf www.kommunalnet.at, der Web- und E-Government-Plattform der österreichischen Gemeinden. Auch der Betrieb von zwei eigenen Teletext-Seiten auf ProSieben Austria ist inzwischen fixer Bestandteil der Öffentlichkeitsarbeit.

Wettbewerbe

Der Wettbewerb der „Innovativsten Gemeinde Österreichs“ erzielt Jahr für Jahr zunehmendes Echo und steigende Beteiligung und ist damit zum mittlerweile wichtigsten Wettbewerb des Gemeindebundes geworden. Dieser Wettbewerb wird vom Gemeindebund, dem Wirtschaftsblatt und der Kommunalkredit Austria gemein-

sam ausgeschrieben. Im Jahr 2006 fand die Preisverleihung erstmals im Rahmen des Gemeindetages statt. Das große Echo dieses Bewerbs in der Öffentlichkeit trägt wesentlich zur Darstellung der Innovationskraft der österreichischen Gemeinden bei. Mit Amstetten gewann 2006 erstmals eine niederösterreichische Gemeinde.

Der Bewerb erregte auch bei Bundespräsident Dr. Heinz Fischer besondere Aufmerksamkeit, er besuchte die Siegergemeinde persönlich. Die Verleihung des Preises für das Jahr 2007 findet am 54. Österreichischen Gemeindetag in Klagenfurt statt.

Der vom Gemeindebund gemeinsam mit dem Städtebund vergebene „**Preis der Kommunen - Wissenschaftspreis**“ für ausgezeichnete akademische Arbeiten über kommunalrelevante Themen richtet sich an Wissenschaftler/innen sämtlicher Studienrichtungen an Universitäten und Fachhochschulen. In Summe ist dieser Preis mit 7.000 Euro dotiert, die Preisverleihung findet im Herbst 2007 in Wien statt.

Das Thema der Verkehrssicherheit ist dem Österreichischen Gemeindebund ein wichtiges Anliegen. Mit der Vergabe des „**Verkehrssicherheitspreis 2007 - Aquila**“, einer Kooperation des Gemeindebundes mit dem Kuratorium für Verkehrssicherheit (KfV), wurden besonders engagierte Projekte von Gemeinden

vor den Vorhang geholt. 2007 errang die niederösterreichische Gemeinde Felixdorf den ersten Platz.

Als Kooperationspartner der Wirtschaftskammer Österreich (WKO) hat sich der Gemeindebund auch am Wettbewerb zum „**Amtsmanager 2007**“ beteiligt. Dabei gibt es für Gemeinden eine eigene Kategorie „Kommunales Verwaltungsmangement“. Die Preisverleihung findet im Herbst 2007 in Wien statt.

Pressekonferenzen und Pressemitteilungen

Die Pressearbeit des Österreichischen Gemeindebundes ist von großer Vielfalt. Den wichtigsten Teil dieser Arbeit stellen die Kontakte zu Journalisten und regelmäßige Presseaussendungen und -konferenzen dar. Über die Austria Presse Agentur (APA) haben tausende Journalisten, Institutionen und Pressestellen Zugang zu Informationen des Gemeindebundes, fast 700 Journalisten in ganz Österreich werden darüber hinaus regelmäßig per E-Mail über die Aktivitä-



ten und Positionen des Gemeindebundes informiert. Dies schlägt sich in den Medien deutlich nieder, hunderte Zeitungsmeldungen berichten jährlich über den Gemeindebund und seine Anliegen. Dazu kommen zahlreiche Berichte in Radio- und Fernsehstationen. Pressekonferenzen mit Präsident Helmut Mödlhammer (oftmals gemeinsam mit Partnern) sind zum Fixtermin in den Kalendern der heimischen Journalisten geworden.

Alle Pressemeldungen und –unterlagen des Gemeindebundes stehen jeweils am gleichen Tag auf der Homepage www.gemeindebund.at zur Verfügung. Seit einigen Monaten stellt der Gemeindebund zusätzlich auf seiner Homepage auch Audio-O-Töne zur Verfügung, die vor allem von regionalen Radiostationen intensiv genutzt werden. Für die Öffentlichkeitsarbeit des Gemeindebundes war auch der 53. Österreichische Gemeindetag eine große Herausforderung. Mehr als 50 Journalisten ließen sich für dieses Ereignis akkreditieren, die Berichterstattung war dementsprechend intensiv.

Publikationen

Den Weg, mit Publikationen in Form von Broschüren und Büchern Österreichs Kommunen und die Öffentlichkeit zu informieren, geht der Österreichische Gemeindebund konsequent und erfolgreich weiter. Auf digitalem Weg versorgt der Gemeindebund die Kom-

munen über www.kommunalnet.at und über seine eigene Homepage schnellstmöglich mit wichtigen Informationen. Mit der Fachzeitschrift „Kommunal“, dem offiziellen Organ des Gemeindebundes, steht ein monatlich erscheinendes Printmedium in hoher Auflage zur Verfügung. Auf wissenschaftlicher Ebene liefert der Gemeindebund mit seiner RFG-Zeitschrift einen Überblick über die wichtigsten Rechtsbereiche und Neuerungen. Konkrete Handlungsanleitungen für einzelne Rechtsgebiete werden in den Ausgaben der RFG-Schriftenreihe bearbeitet, in der jeweils ein Thema sehr ausführlich abgehandelt wird.



KOMMUNAL, das offizielle Organ des Österreichischen Gemeindebundes und größte Fachmagazin für Österreichs Gemeinden, lieferte auch im Jahr 2007 Monat für Monat unverzichtbare Informationen aus erster Hand. Die 35.000 wichtigsten kommunalen Entscheidungsträger lesen KOMMUNAL nicht nur, sondern brauchen die Inhalte des Magazins für ihre tägliche Arbeit im Interesse der Bürgerinnen und Bürger. Nicht weniger als 80% der Leser beurteilen die Inhalte von KOMMUNAL als hilfreich und unverzichtbar für die tägliche Arbeit in der Gemeindepolitik. Diese Erfolgsstory ist das Produkt eines

partnerschaftlichen Konzeptes zwischen der gesetzlichen Interessensvertretung der Kommunen und dem privatwirtschaftlich geführten Österreichischen Kommunal-Verlag. Der Österreichische Kommunal-Verlag wird von Mehrheitseigentümer Prof. Walter Zipper und dessen Sohn Walter Zipper jun. geleitet. KOMMUNAL ist als Sprachrohr und offizielles Organ des Österreichischen Gemeindebundes ausschließlich den Interessen der Gemeinden verbunden, und zwar unabhängig von parteipolitischen Konstellationen. Selbstverständlich ist KOMMUNAL auch im Internet auf www.kommunal.at vertreten, dort können die wichtigsten Artikel jeder Ausgabe nachgelesen werden.

Rechts- und Finanzierungspraxis der Gemeinden – RFG, Fachzeitschrift in Kooperation mit MANZ

Als Ergänzung zum bewährten Magazin „KOMMUNAL“ forciert der Gemeindebund die wissenschaftliche Aufarbeitung von gemeinderelevanten Themen. Mit anerkannten Partnern gründete der Gemeindebund eine Publikationsschiene und etablierte sich in diesem Sektor. Die im Traditionsverlag MANZ erscheinende Fachzeitschrift RFG (Rechts- und Finanzierungspraxis der Gemeinden) bündelt mit der Schriftenreihe, Büchern und dem 2004 erstmals stattgefundenen Kommunalkongress alle rele-



vanten Fachinformationen für Gemeinden. Fachexperten bieten zusammen mit Autoren aus der Gemeindepraxis verständliche Informationen, die in der täglichen Arbeit umgesetzt werden können.

Mehr als die Hälfte aller Gemeinden nützt bereits dieses erfolgreiche Serviceangebot. Neben Gemeinden zählen auch Steuerberater, Wirtschaftsprüfer und Rechtsanwälte zu den Abonnenten. Seit Februar 2004 sind alle Beiträge der RFG in der Rechtsdatenbank (RDB) enthalten und abrufbar, die RDB kann auch über kommunalnet.at zu besonders günstigen Konditionen eingesehen werden.



RFG – Schriftenreihe
Eine wichtige Säule im **RFG-Informationspaket**, dem „Paket“ speziell für die Gemeinden, das Wissenschaft und Praxis gleichermaßen vereint,

bleibt weiterhin die bekannte Schriftenreihe, die ebenfalls in Zusammenarbeit mit dem Verlag MANZ erscheint. Ende des Jahres 2007 werden insgesamt fünf Bände erschienen sein, die sich durch leichte Lesbarkeit, besondere Aktualität und leichte Anwendbarkeit auszeichnen. Die Themenbereiche sind breit gestreut und entsprechen den Bedürfnissen der Gemeindepraxis.

Bände des Jahres 2007 der RFG

– Schriftenreihe in Kürze:

- Band 1: Aicher/Hadler, **Die strafrechtliche Verantwortlichkeit des Bürgermeisters**
- Band 2: Bacher/Grieb/Hartl/Heiss/Stabentheiner, **Die Gemeinde als Vermieter**
- Band 3: Hinteregger/Hoffinger, **Genossenschaften- Perspektive für Kommunen** (erscheint 09/2007)
- Band 4: Mazal/Weber/Handler, **Kommunale Sommergespräche 2007** (erscheint 10/2007)
- Band 5: Pilz/Enzinger, **Mittelfristige Finanzplanung für Gemeinden** (erscheint 12/2007)

Alle Ausgaben der RFG-Schriftenreihe des Jahres 2006 stehen auch in digitaler Form auf www.gemeindebund.at zum Download zur Verfügung.



Homepage des Gemeindebundes
www.gemeindebund.at

Seit 2005 ist die Internet-Seite des Gemeindebundes, www.gemeindebund.at, in ihrer neuen Gestaltung online, für

Herbst 2007 ist ein erneuter Relaunch vorgeesehen. Die ständig steigenden Zugriffe auf die Seite beweisen, dass die optische und inhaltliche Neugestaltung sehr erfolgreich war. Auch die Quantität und Dichte der erscheinenden Artikel wurde 2006 massiv erhöht. Im Schnitt erscheinen nun monatlich rund 20 neue Beiträge. Alle Publikationen des Österreichischen Gemeindebundes, alle wichtigen Unterlagen und Arbeitsmaterialien werden auf der Homepage zum Download angeboten.

Kommunalnet E-Government
SOLUTIONS GmbH

www.kommunalnet.at

Das Intranet- und E-Government-Portal des Gemeindebundes, seiner Landesverbände und der Kommunalkredit Austria www.kommunalnet.at hat seit dem letzten Gemeindetag große Erfolge erzielt und ist das mit Abstand wichtigste kommunale Portal Österreichs. Mehr als 1.800 registrierte Gemeinden nutzen es derzeit. Neben dem Informationsteil stehen den Gemeinden mehr als 50 behördliche und nicht-behördliche Anwendungen zur Verfügung. Jüngster Erfolg ist die Bereitstellung der Anwendung des Grund- und Firmenbuchs sowie des Gewereregisters. Schon wenige Wochen nach Bereitstellung haben sich hunderte Gemeinden für diesen Dienst angemeldet, ausschlaggebend dafür ist sicher auch die Tatsache, dass sie diese Anwendung nun zum verbilligten Behördentarif nutzen können.

Mit Jahresbeginn 2006 hat die Abteilung Presse & Medien des Gemeindebundes die Redaktion des Informationsteils von kommunalnet.at übernommen. Rund vier bis fünf kommunalrelevante Artikel erscheinen pro Tag auf kommunalnet.at, viele neue Services und Rubriken haben das Angebot seit dem letzten Gemeindetag ergänzt. Im dritten Jahr seines Bestehens ist kommunalnet.at in seinem Bereich zum Marktführer avanciert und aus den Gemeindeämtern nicht mehr wegzudenken.



Der Gemeindebund und seine Gemeinden im Teletext

Seit Herbst 2005 ist der Österreichische Gemeindebund auch im Teletext von ProSieben Austria. Dem Gemeindebund stehen dort zwei Teletextseiten zur Verfügung, es handelt sich um die Seiten 752 und 753, die er selbst mit Inhalten befüllen kann. Dies geschieht durchschnittlich im Wochenrhythmus, d.h. jede Woche gibt es zwei neue Meldungen, die für alle Bürgerinnen und Bürger österreichischer

Gemeinden relevant sind. Darüber hinaus können bis zu 300 österreichische Gemeinden auch eine Teletext-Seite bei ProSieben in Anspruch nehmen. Ab der Seite 750 sind alle weiteren Seiten für die heimischen Gemeinden reserviert. Der Betrieb dieser Seiten ist für die Gemeinden kostenlos, die Resonanz ist überwältigend hoch. Das Projekt „Telegemeindetext“ wurde von ProSieben auch in Fernsehspots und der Fachzeitschrift „Kommunal“ beworben.

Darüber hinaus hat der Gemeindebund im Sommer 2007 eine weitere, sehr

erfolgreiche, Kooperation mit ProSieben Austria durchgeführt. Für die Morgensendung „Cafe Puls“ wurden in 40 österreichischen Gemeinden Sendebeiträge gedreht, die dann mehrmals pro Tag im Frühstücksfernsehen von ProSieben gesendet wurden. Für die Gemeinden ist diese öffentlichkeitswirksame Präsentation eine unbezahlbare Werbung, das Bildmaterial steht ab Herbst den jeweiligen Gemeinden auch für eigene Werbezwecke zur Verfügung. Aufgrund des Erfolgs dieser „Sommertour“ durch die heimischen Gemeinden ist in weiterer Folge auch eine „Wintertour“ angedacht.

VII. Gemeindebund intern

Aufgaben des Gemeindebundes

Der Österreichische Gemeindebund ist die Interessensvertretung der österreichischen Gemeinden und vertritt als Dachverband 2345 Gemeinden im Wege ihrer Landesverbände. Direkte Mitglieder des Gemeindebundes sind die 10 Landesverbände. Grundlagen seines Handelns sind der Auftrag des österreichischen Bundes-Verfassungsgesetzes und das Statut des Österreichischen Gemeindebundes.

Anfang des Jahres wurde eine umfangreiche Statutenreform umgesetzt, die neuen Satzungen sind bereits in Kraft. Aufgrund des Statuts wurden die Organe und Gremien am 28. Februar 2007 für eine neue fünfjährige Periode gewählt und Ausschüsse eingesetzt. Die Gremien haben ihre statutarisch erforderlichen Sitzungen bereits durchgeführt. Die Finanzen des Gemeindebundes wurden dabei einer entsprechenden Prüfung unterzogen und genehmigt.

Organe des Gemeindebundes laut neuem Statut sind der Präsident, das Präsidium und der Bundesvorstand. Zur Beratung der Organe wurden folgende Ausschüsse eingesetzt:

Europaausschuss, Finanzausschuss, Gesundheits- und Sozialausschuss, Rechtsausschuss, Strukturausschuss, Tourismus- ausschuss sowie der Umweltausschuss.

Das Generalsekretariat mit Sitz in Wien und Brüssel führt die laufenden Geschäfte unter der Leitung des Generalsekretärs. Als Interessensvertretung der Gemeinden wird der Österreichische Gemeindebund auf nationaler und internationaler Ebene tätig, er nimmt an Terminen in zahlreichen gesetzlich eingerichteten Gremien teil und pflegt die Kontakte zu allen Ministerialressorts, Dienststellen der EU und vielen Organisationen. Der Gemeindebund ist offiziell in mehr als 60 formellen Gremien und Ausschüssen vertreten, er nimmt jährlich hunderte Termine wahr, dabei geht es um wichtige Entscheidungen für die Gemeinden, unter anderem um die Verteilung von Finanzmitteln in der Höhe von vielen hundert Millionen Euro, etwa im Bereich der Siedlungswasserwirtschaft, Abfallwirtschaft und Infrastruktur.

Interne Struktur des Österreichischen Gemeindebundes

Aufgrund des neuen Statuts und der erfolgten Neuwahlen lauten die Organe wie folgt:



Präsident:

Präs. Bgm. Helmut Mödlhammer

1. Vizepräsident:

Präs. LAbg. Bgm. Mag. Alfred Riedl

2. Vizepräsident:

Präs. Bgm. Bernd Vögerle

Präsidium

Mitglieder des Präsidiums sind neben Präsident und Vizepräsidenten die weiteren Obmänner der Landesverbände:

Präs. Bgm. LAbg. Leo Radakovits

Präs. Bgm. LAbg. Ernst Schmid

Präs. Bgm. 2. LT-Präs. Hans Ferlitsch

Präs. Bgm. Franz Steininger

Präs. Bgm.a.D. NR a.D. Hermann Kröll

Präs. LAbg. Bgm. Dipl.Vw. Hubert Rauch

Präs. Bgm. Mag. Wilfried Berchtold

Mitglieder des Präsidiums mit beratender Stimme sind weiters:

Generalsekretär vortr. HR Dr. Robert Hink

Bgm. a.D. Prof. Walter Zimper (Vertreter in den internationalen Gremien)

Bundesvorstand

Mitglieder Burgenland

Präs. Bgm. LAbg. Leo Radakovits

VPräs. Bgm. Johann Schumich

Präs. Bgm. LAbg. Ernst Schmid

VPräs. LAbg. Bgm. Matthias Gelbmann

Mitglieder Kärnten

2. LT-Präs. Bgm. Hans Ferlitsch

VPräs. Bgm. Vinzenz Rauscher

VPräs. Bgm. Valentin Happe

VPräs. Bgm. Arnold Marbek

VPräs. Bgm. Maximilian Lindner

Mitglieder Niederösterreich

Präs. LAbg. Bgm. Mag. Alfred Riedl

VPräs. LAbg. Bgm. Karl Moser

VPräs. LAbg. Bgm. Mag. Johann Heuras

Bgm. Otto Huslich

Bgm. Manfred Marihart

LABg. Bgm. Herbert Nowohradsky

BR Bgm. Elisabeth Roth-Halvax

Bgm. Karl Stangl

Bgm. a.D. Prof. Walter Zimper

Präs. Bgm. Bernd Vögerle

VPräs. LR a.D. Bgm. Fritz Knotzer

VPräs. Bgm. Wolfgang Peterl

VBgm. Marianne Fühl

Bgm. Manfred Mießner

LABg. Vbgm. Mag. Karin Renner

Mitglieder Oberösterreich

Präs. Bgm. Franz Steininger

VPräs. LAbg. Bgm. Johann Hingsamer

VPräs. Bgm. Fritz Kaspar

Bgm. RR Franz Dopf

Bgm. Dir. Rudolf Fischerlehner

Bgm. Bruno Fröhlich

Bgm. Dir. Johann Meyr

Bgm. Peter Oberlehner

Bgm. Johannes Peinsteiner

Bgm. wHR Dr. Herbert Sperl

Bgm. Karl Staudinger

LABg. a.D. Bgm. Otto Weinberger

Mitglieder Salzburg

Präs. Bgm. Helmut Mödlhammer

VPräs. Bgm. Peter Mitterer

Bgm. Rudolf Lanner

BR Bgm. Ludwig Bieringer

Bgm. Wolfgang Eder

Mitglieder Steiermark

VPräs. LAbg. Bgm. Erwin Dirnberger

VPräs. Bgm. Reinhard Reisinger

Bgm. Robert Hammer

Bgm. Engelbert Huber

Bgm. Heinz Jungwirth
LAbg. Bgm. Karl Lackner
Bgm. Dir. Karl Pack
Bgm. Erwin Puschenjak
Bgm. Manfred Seebacher
Bgm. Christoph Stark
Bgm. Johann Urschler
Bgm. Gerhard Weber

Mitglieder Tirol

Präs. LAbg. Bgm. Dipl.Vw. Hubert Rauch
VPräs. Bgm. Günter Fankhauser
VPräs. Bgm. Edgar Kopp
VPräs. Bgm. Mag. Ernst Schöpf
LAbg. Bgm. Arno Abler
Bgm. Rudolf Fröhlich
Bgm. Johann Schweigkofler

Mitglieder Vorarlberg

Präs. Bgm. Mag. Wilfried Berchtold
VPräs. Bgm. Erwin Mohr
VPräs. Bgm. Mag. Harald Sonderegger
Bgm. Werner Walser

Das Generalsekretariat des Gemeindebundes

Die personelle Besetzung der Büros in Wien und in Brüssel präsentiert sich im September 2007 neuerlich verjüngt wie folgt:

LEITUNG

Generalsekretär vortr. HR Dr. Robert Hink



GENERALSEKRETARIAT-WIEN
Löwelstraße 6, 1010 Wien
Tel.: 01/5121480, Fax: DW - 72
www.gemeindebund.gv.at

Mag. Nicolaus Drimmel (Stellvertreter des
Generalsekretärs, Leiter Sachbearbeiter)
Mag. Gabriel Ehrentraud (Sachbearbeiter)

Herbert Kamleitner (Finanz- u. Personaladmi-
nistration)
Beate Bauer (Sekretariat)
Sabrina Neubauer (Sekretariat)
Petra Stossier (Terminkoordination)

Daniel Kosak (Leiter Presse u. Kommunikation)
Mag. Nadja Tröstl (Redaktion/Presse)
Iris Houra (Assistenz Presse u. Kommunikation)

GENERALSEKRETARIAT AUSSENSTELLE BRÜSSEL

Avenue de Cortenberg 30, 1040 Brüssel
Tel.: 00322/28 20 680, Fax: 00322-28 20 688
E-Mail: oegemeindebund@compuserve.com

Mag. Daniela Fraiß (Leiterin Büro Brüssel)
Sybille Schwarz (Sekretärin Büro Brüssel)

Die Landesverbände des Österreichischen Gemeindebundes



Burgenländischer Gemeindebund

Präs. Bgm. LAbg. Leo RADAKOVITS
LGf. Bgm. a.D. Matthias HEINSCHINK
Ing. Julius Raab Strasse 7/1, 7000 Eisenstadt
Tel.: 02682/799 34 oder 799 35, Fax:
02682/799 36
e-mail: post@gemeindebund.bgld.gv.at



Verband sozialdem.

Gemeindevertreter im Burgenland

Präs. LAbg. Bgm. Ernst SCHMID
LGf. Mag. Herbert MARHOLD
Permaystraße 5, 7000 Eisenstadt
Tel.: 02682/775 255 oder 775 256, Fax:
02682/68105
e-mail: gvvgld@spoe.at



Kärntner Gemeindebund

Präs. 2.LT-Präs. Bgm. Hans FERLITSCH
LGf. Mag. Stefan PRIMOSCH
Burggasse 14/3, 9020 Klagenfurt
Tel.: 0463/55 111, Fax: 0463/55 111-22
e-mail: gemeindebund@ktn.gde.at



Gemeindevertreterverband der Volkspartei NÖ

Präs. LAbg. Bgm. Mag. Alfred RIEDL
LGf. Mag. Christian SCHNEIDER
Ferstlergasse 4, 3109 St. Pölten
Tel.: 02742/9020-800, Fax: 02742/9020-880
e-mail: office@vp-gvv.at



Verband der sozialdem. Gemeindevertreter in NÖ

Präs. Bgm. Bernd VÖGERLE
LGf. Dir. Mag. Ewald BUSCHENREITER
Bahnhofplatz 10, Postfach 73, 3100 St. Pölten
Tel.: 02742/313 054, Fax: 02742/313 054-20
e-mail: office@gvvnöe.at



Oberösterreichischer Gemeindebund

Präs. Bgm. Franz STEININGER
LGf. Dir. HR Dr. Hans GARGITTER
Coulunstraße 1, 4020 Linz
Tel.: 0732/656 516 oder 656 517, Fax: 0732/651 151
e-mail: post@ooegemeindebund.at



Salzburger Gemeindeverband

Präs. Bgm. Helmut MÖDLHAMMER
LGf. Dir. Mag. Dr. Martin HUBER
Alpenstraße 47, 5020 Salzburg
Tel.: 0662/622 325-0
Fax: 0662/622 325-16
e-mail: gemeindeverband@salzburg.at



Steiermärkischer Gemeindeverband

Präs. NR a.D. Bgm. a.D. Hermann KRÖLL
LGf. Dr. Klaus WENGER
Burgring 18, 8010 Graz
Tel.: 0316/822 079
Fax: 0316/810 596
e-mail: post@gemeindebund.steiermark.at



Tiroler Gemeindeverband

Präs. LAbg. Bgm. Dipl.Vw. Hubert RAUCH
LGf. Dr. Helmut LUDWIG
Adamgasse 7a, 6020 Innsbruck
Tel.: 0512/587 130
Fax: 0512/587 130-14
e-mail: tiroler@gemeindeverband.tirol.gv.at



Vorarlberger Gemeindeverband

Präs. Bgm. Mag. Wilfried BERCHTOLD
LGf. Dr. Otmar MÜLLER und Peter JÄGER
Marktstraße 51, 6850 Dornbirn
Tel.: 05572/554 51
Fax: 05572/554 51-93
e-mail: vbg.gemeindeverband@gemeindehaus.at



Die Interessensvertretung
für Österreichs Gemeinden

www.gemeindebund.at